

VORTRAG

DEMOKRATIE STÄRKEN

*Christliche Perspektiven für unser politisches
und gesellschaftliches Miteinander*

Rede von

Bischöfin Kirsten Fehrs, Ratsvorsitzende der EKD

vor dem Übersee-Club Hamburg

Mittwoch, 11. Februar 2026

Es gilt das gesprochene Wort.



**Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Herr Dr. Kruse,
verehrte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde,**

mit Dank für diese liebevolle Einführung grüße ich Sie alle herzlich und freue mich, heute Abend einen Vortrag halten, ja, mehr noch, mit Ihnen ins Gespräch kommen zu dürfen. Denn das ist ja die Idee des Übersee-Clubs: einen Sprechsaal bieten, in dem sich Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Praxis „in zwangloser Form aussprechen können“¹, wie es Max Warburg als Initiator des Clubs 1922 in seiner Gründungsrede formulierte.

Am heutigen Clubabend ist der Sprechsaal eröffnet – und was gibt es Beeindruckenderes, als in diesem imposanten Ambiente miteinander zu reden? Allzumal genau das entscheidend ist in Zeiten einer gefährdeten Demokratie: im Gespräch zu bleiben. Sich nicht zurückziehen. Nicht schweigen. Sondern reden.

Wozu dürfen wir nicht schweigen? Was braucht unser Wort? Allemal in diesen Zeiten mit einem hohen Stresspegel – mit Machthabern diesseits und jenseits des Atlantiks, deren Impulskontrolle, sagen wir, überschaubar ist. Weltweit mit mehr Gewalt und Kriegen denn je und einer von geopolitischen Spannungen diktierten Weltwirtschaft.

¹ Warburg, Max M.: Gesellschaft für wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Auslandskunde. Rede anlässlich der Gründung des Übersee-Clubs Hamburg am 27.06.1922, S. 17. Verfügbar unter:
<https://www.ueberseeclub.de/re-sources/Server/pdf-Dateien/MaxWarburg.pdf> (Stand: 30.01.2026)



Wie schaffen wir es, inmitten der Krisenängste und tektonischen Weltverschiebungen unsere Demokratie zu stärken? Denn das braucht sie jetzt. Es geht um viel, wenn nicht um alles. Wie bleibt eine Demokratie haltungsstark und lebendig, wenn sie unter Druck gerät, bedroht wird von ihren Gegnern und den Feinden der Freiheit?

Wir erleben weltweit einen besorgniserregenden Aufschwung von Rechtspopulismus, Nationalismus und autoritären Versuchungen. Das betrifft nicht mehr nur autoritär regierte Staaten wie Russland oder China, sondern in zunehmendem Maße auch die USA und Länder in Europa. Demokratische Institutionen werden infrage gestellt oder gar lächerlich gemacht, demokratische Regeln werden relativiert, die Suche nach Kompromissen wird als Schwäche diffamiert. Minderheiten werden zu Sündenböcken erklärt. Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit sind definitiv gefährdet. Der Ton wird rauer, die Sprache brutaler. Das Prinzip „Me first – ich zuerst“ verdrängt den Gedanken gemeinsamer Verantwortung und untergräbt den Gemeinsinn. Das alles verwundet die Demokratie. Sie gerät in einen Dauerstress, der sie erodieren lassen könnte.

Gestresst sind auch die Menschen. Die Vielzahl der Krisen – geopolitisch, wirtschaftlich, ökologisch, gesellschaftlich – sind hohe Stressoren. Und die machen etwas mit uns, wie jeder Stress. Und dies persönlich wie gesellschaftlich: Die Atmung wird schneller, die Haut dünner, die Ungeduld steigt, Angst und Erschöpfung nehmen zu. Es herrscht Tunnelblick statt Horizonterweiterung. Und irgendwann setzt das Herz aus.

Wie also kann uns das gelingen: wertebasiert und haltungsklar zu bleiben in einer Zeit, in der die Demokratie so unter Druck gerät? Was ist uns Kraftquelle, die uns morgens energisch gegen Unrecht aufstehen lässt und abends zuversichtlich schlafen? Mich beschäftigen diese Fragen zutiefst – auch im Blick auf unsere Kirche. Klar ist dabei: Kirche ist keine parteipolitische Institution. Und wir sind auch nicht die besseren Politiker. Wir müssen wahrlich nicht zu jedem tagespolitischen Thema etwas sagen. Aber wir sind eine Glaubensgemeinschaft, die auf dem Evangelium der Nächstenliebe und Barmherzigkeit fußt und die deshalb alles dafür tun muss, zum Frieden und zur Verständigung beizutragen. Ich bin davon überzeugt, dass wir Räume bieten können und müssen, in denen wir wieder lernen, innezuhalten, hinzuhören – und verschiedene Meinungen auszuhalten.

Und in einem Punkt sind wir ganz klar: Wenn aus christlicher Sicht das große Ganze auf dem Spiel steht, wenn der gesellschaftliche Frieden und die Menschenwürde bedroht sind, dann haben wir die Pflicht, dagegen aufzustehen. Als Kirche, als Christinnen und Christen in unseren jeweilig privaten und beruflichen Kontexten haben wir eine Botschaft weiterzusagen: Weil Gott die Welt liebt, dürfen wir sie nicht einfach aufgeben. Wir sind aufgerufen zur Verantwortung füreinander. Davon müssen wir reden!

In einer öffentlichen Rede just am 7. Oktober des vergangenen Jahres stellte Prof. Michel Friedman eine Frage, die mich aufgewühlt hat. Und dies auch deshalb, weil bei meinen internationalen Besuchen, etwa in Brüssel, mehrfach die Rede davon war, dass in Deutschland 2029 die nächste Bundestagswahl anstehe und die übernächste 2033 ... „Können Sie mir garantieren“, so Friedman zu den vor ihm sitzenden Parlamentariern, „können Sie mir garantieren, dass ich in 5 bis 10 Jahren noch in einer Demokratie lebe? Dass ich hier ohne Angst reden kann und unbehelligt aus dem Saal rausgehe? Wie lange noch? [...] Wollen wir demokratisch leben, ja oder nein? Dann müssen wir mehr tun als bisher. Tun wir's nicht, soll bitte keiner sagen, er habe nichts gewusst. Denn heute wissen wir als Zeugen unserer Zeit alles.“



Recht hat er. Die Demokratie hat viele, hochaggressive Gegner. Solche, die sich herausnehmen, bestimmten Mitmenschen die Menschenwürde abzusprechen. Solche, die das Recht des Stärkeren anstelle eines regelbasierten Miteinanders durchsetzen wollen – auch mit Gewalt, verbal und körperlich. In diesem Jahr stehen in Deutschland 5 Landtagswahlen an. Umfragen aus dem Herbst sahen starke Zuwächse für die AfD, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lag sie mit Abstand an erster Stelle. Besorgniserregend, wie viele Menschen bereit sind, eine Partei zu wählen, die die öffentlich-rechtlichen Medien, Bildungseinrichtungen und auch die Kirchen massiv angreift und bereit ist, nach amerikanischem Vorbild, geltendes Recht zu brechen, um ihre Vorstellungen einer völkisch-nationalistischen Gesellschaft durchzusetzen. Die die Würde bestimmter Menschengruppen längst schon für antastbar erklärt hat. Eine Partei, die damit die Grundlagen unseres Grundgesetzes infrage stellt, insbesondere seinen ersten Artikel. Das erschreckt, aber es verpflichtet uns auch. Und dabei geht mir die Beobachtung nach, wie viele diesen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus inzwischen mit einer gewissen Ratlosigkeit hinnehmen, und erschöpft wirken in ihrem Protest. Aber: Noch sind es nur Umfrageergebnisse. Noch ist nichts entschieden. Immer noch besteht die Chance, Menschen zu erreichen, zu warnen, zu überzeugen. Vergessen wir nicht: Wir sind mehr, meine Damen und Herren. Wir sind mehr, die in diesem Land auf Werte halten.

Nur müssen wir gemeinsam dies jetzt auch zeigen! Haltung zeigen. Sich nicht zurückziehen. Wie gelingt es uns, im Dauerlärm aus Meinungsmache und Abschätzigkeiten nicht taub und stumpf zu werden? Denn das ist es ja auch, was es der Demokratie so schwer macht: Statt Dialog und Verständigung haben Social Media wie TikTok, X und Instagram übernommen: schnelle Hiebe, harte Urteile, keine Differenzierung. Die Wahrheit schwimmt, weil Fakten und die Meinung über ein Faktum nicht mehr zu unterscheiden sind. Zwischentöne und Stimmen der Vernunft werden vom Radau der Zutexter und Angstschürer erstickt. Sachargumente und Besonnenheit gehen im Gewühl von Schlagzeilen und dem Kampf um Klickzahlen unter.

„Wir werden irre ohne Zuversicht“ – so sagte es letztes Jahr ein Politiker zu mir. Ich finde, er trifft damit den Nerv. Eine Gesellschaft ohne Hoffnung verliert ihren inneren Kompass. Was wir brauchen, ist eine Hoffnung, die nicht naiv ist, sondern tragfähig. Etwas, das über das hinausweist, was wir derzeit erleben an Friktionen, politischem Irrsinn, Polarisierung. Etwas, das uns Kraft gibt. Widerstandskraft. Als Christin bin ich überzeugt: Diese Kraft kommt nicht aus uns selbst, sondern aus unserem Glauben. Ich kann sie nicht „machen“, sondern sie wächst mir zu. Als Zuversicht, ja, Widerstandskraft speist sie sich aus tiefer Hoffnung, die weit mehr ist als Optimismus. Christliche Hoffnung bewährt sich ja nicht nur in Zeiten, in denen alles prächtig läuft. Sondern sie bleibt, wenn es gerade gar nicht gut läuft. Sie rechnet mit Gott in einer verwundeten Welt und hofft zugleich über diese Welt hinaus. Christliche Hoffnung ist also keine Flucht ins Jenseitige, sondern eine Quelle der Standhaftigkeit im Hier und Jetzt. Sie macht widerständig gegen das Zerstörerische, ohne selbst zerstörerisch zu werden. Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem, das ist der biblische Grundgedanke. Ein kluger Satz in dieser Zeit. Mit einem gewissen Hoffnungstrotz den toxischen Verstörungen die Stirn bieten, darum geht es.

Christlicher Glaube ist zugleich eine Art Zweifel gegenüber den einfachen Erklärungen. Und er lebt Vertrauen. Gottvertrauen. Zutrauen. Das genaue Gegenteil jedenfalls von Misstrauen, Ausgrenzung und Manipulation, die den Stresspegel unserer Demokratie



maximal nach oben treiben. Er lebt Vertrauen, dessen Verlust vielerorts in unserer Gesellschaft betrauert wird. Und also: Können wir im Vertrauen auf Gott auch wieder mehr Zutrauen, Interesse am anderen finden?

Denn Vertrauen bedeutet ja auch: Ich traue mich. Ich traue mich zu hoffen – allen Verzagtheiten zum Trotz. Ich traue mich, nicht zu schweigen. Und: Ich traue mich, wirklich zuzuhören und den anderen anzuerkennen, auch wenn ich seine Meinung nicht teile. Ich suche also immer neue Verhandlungsräume und Kompromisse. Mit dem Ziel, so wenig Verlierer wie möglich zu schaffen und so viel Gerechtigkeit wie möglich zu realisieren, also Gewinn-Gewinn-Lösungen gemeinsam zu finden. Unaufgeregt, faktenbasiert, gelassen. Dies alles sind Basistugenden menschlicher Kommunikation und Kultur – und alles auch entscheidende Merkmale der bisher immer noch besten Staatsform, trotz aller Fehler, der Demokratie.

Diese klare Stellungnahme für unsere demokratische Gesellschaftsordnung war, und auch das gehört zur Wahrheit, nicht immer die Position der Kirche. Gerade die Evangelische Kirche hat wahrlich auch eine unrühmliche Geschichte als Demokratieverächterin, denken wir an die Dreißigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. Damals hat sie sich der nationalsozialistischen Diktatur nicht entschieden genug entgegengestellt und in ihrem eklatanten Versagen große Schuld auf sich geladen. Wir haben daraus gelernt, und auch deshalb wohnt der Evangelischen Kirche eine institutions- und selbstkritische Haltung inne, die verbunden ist mit einer hohen Sensibilität, wenn Menschen Macht missbrauchen und andere abwerten, niedertreten, mit Hass überziehen. Es gilt, dem Abgrund des Unmenschlichen stets entgegenzuhalten: Gott hat dem Menschen Würde verliehen, indem er ihn und sie als sein Ebenbild geschaffen hat. Sein Ebenbild, nichts weniger! Der Mensch, und zwar jeder Mensch, gleich woher er kommt und ohne jeden Unterschied, ist ein einzigartiges, geliebtes Geschöpf, dessen Würde nicht verhandelbar ist. Und genau dafür mit aller Kraft, auch der Kraft der Hoffnung einzustehen, ist unsere Pflicht als Christinnen und Christen.

Bereits 1948 hat die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam dies in eindringlicher Weise beschrieben. Ich zitiere einige Sätze, weil sie an Aktualität kaum zu überbieten sind:

„Wir wollen Gott bitten, dass Er uns miteinander lehre:

Ein echtes Nein und ein echtes Ja zu sprechen;
ein Nein zu allem, was der Liebe Christi zuwider ist,
zu jedem System, zu jedem Programm, zu jedem Menschen,
die einen Menschen behandeln, als wäre er nicht Gottes Geschöpf,
sondern ein Stück Ware, das man ausnutzen kann;
ein Nein zu denen, die im Namen der Ordnung das Unrecht zum Recht machen, zu
denen, die die Saat des Krieges säen oder zum Kriege drängen.
Ein Ja zu allem, was mit der Liebe Christi zusammenstimmt,
zu allen Menschen, die das Recht aufrichten,
zu allen, die in der Welt einen echten Frieden schaffen möchten,
zu allen, die um des Menschen willen hoffen, kämpfen und leiden;
ein Ja zu allen denen, die – selbst ohne es zu wissen –
sich ausstrecken nach einem neuen Himmel und einer neuen Erde,
in welchen Gerechtigkeit wohnt.“



Genau in diesem Geist haben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes sich nach der Katastrophe von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, einem an Grauen nicht zu überbietenden Holocaust und einem mörderischen Zweiten Weltkrieg auf den humanitären Wurzelgrund besonnen. Militärisch und moralisch zerstört, hat Deutschland Halt gesucht und gefunden in einer neuen Ordnung der Mitmenschlichkeit. Aufgestanden aus Zerstörung, Menschenverachtung und Amoralität.

Unantastbar ist die Würde des Menschen! Die das schrieben, wussten wahrlich um den Wert dieser Würde. Und waren zutiefst inspiriert von der jüdisch-christlichen Tradition. Mit der gleichen Prägnanz wie die Zehn Gebote in der Bibel haben sie in den Grundrechten schlicht und ergreifend die Schutz- und Freiheitsrechte formuliert: mit einem Vor-Satz, einem Grund-Satz, der in sechs Worten alles sagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Und daraus entwickeln sich weitere Forderungen, fast wie Gebote: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“ (Artikel 2), „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (Artikel 3), „Eine Zensur findet nicht statt.“ (Artikel 5), „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ (Artikel 16). Was für wunderbar gültige Sätze, die wir gerade heute immer wieder hören und sagen sollten.

Unser Grundgesetz ist aufs Engste verwoben mit den Grundorientierungen des christlichen Glaubens. Mit Werten, die seit Jahrtausenden das Zusammenleben von Menschen erleichtern und ermöglichen: Gerechtigkeit und Nächstenliebe, Ausgleich und Freiheit, Verantwortung gegen Gott und Menschen. Für einzelne Menschen: als Halt und Orientierung, Trost und Stärkung. Für unsere Gesellschaft im Ganzen: als Fürsprecher für die unantastbare Würde aller Menschen. Darum sprechen die Kirchen ein klares Nein zu allen Parteien, auch europaweit, die rassistische, antisemitische oder völkisch-nationale Positionen vertreten. Eine Ideologie der völkischen Überlegenheit ist mit christlicher Haltung nicht vereinbar.

So klar die Position. Und trotzdem oder genau deswegen werden und müssen wir alles tun, um mit Menschen, deren Meinung wir nicht teilen, zu reden und uns auseinanderzusetzen. Auf dem Regelwerk des Gesprächs müssen wir bestehen. Und dafür brauchen wir Sprechsäle, wie Max Warburg es nannte. „Wir brauchen Sprechsäle“, forderte hier einer, der 1922 seine Rede selbst nicht öffentlich halten konnte, weil die Polizei seine Ermordung durch rechtsextremistische Republikfeinde befürchtete. Gerade das sollte uns eine Warnung sein! Wir müssen Sprechsäle fördern und beleben. Auf allen Ebenen und Orten der Gesellschaft.

Die gemeinsame Initiative der Diakonie Deutschland und der EKD mit Namen #VerständigungsOrte hat sich genau dem verschrieben: Gesprächskultur an allen Ecken und Enden. In Kirchen, Dorfgasthäusern, Bundestagsräumen, Schulen, Kitas, interreligiösen Foren und Akademien, in Ost und West und über Gartenzäune kommen Menschen zusammen und jede Menge auf den Tisch, worum zu ringen und zu streiten nötig ist: Frieden, Gesundheit, Bildung, Perspektive, Zukunft. Wie das funktioniert, fragen Sie?

Ein konkretes Beispiel: Wir befinden uns an einem Verständigungsort in einem Dorfgemeindehaus. Es ist gefüllt mit etwa 60 aufgebrachten Dorfbewohnern; es liegt Konflikt in der Luft und man sitzt sich grummelnd in Tischgruppen gegenüber. Die Moderatorin beginnt mit einer Frage: „Wann haben Sie zuletzt eine Meinung geändert,



von der Sie sehr überzeugt waren?“ Die Meinung ändern? Man merkt, wie die Frage etwas auslöst. Die Moderatorin fährt fort: Setzen Sie sich zu viert zusammen. Jede und jeder redet mindestens 4 Minuten, keine unterbricht, und man bezieht sich nicht aufeinander. Klare Regeln – faszinierendes Ergebnis. Binnen kürzester Zeit ändert sich die Atmosphäre. Sie wird ruhiger, nicht so gehetzt. Man hat ja immerhin 4 Minuten Zeit. Reden Sie mal 4 Minuten am Stück! Und keiner unterbricht Sie! Da kommt vieles auf den Tisch, was länger schon schwelte.

Vorbei die Attitüde des: Das wird man doch mal sagen dürfen! – Ja, darf man, alles. Wir sind freie Menschen in einem freien Land. Gott sei Dank sind wir das! – Und dann: 12 Minuten zuhören. Keine leichte Übung. Für niemanden ... Faszinierend, zu sehen, wie die geballten Fäuste sich öffnen. Nach eineinhalb Stunden erscheinen gar erste Lösungen am Horizont. Zwar heiratet man einander nicht gleich – aber zumindest scheiden lassen möchte man sich nicht mehr. Es keimt Zuversicht auf, dass sich etwas zum Guten verändern lässt. Und dass doch nicht alles so schlecht ist. Und dass dieses „Da kann man nichts machen“ womöglich gar nicht stimmt ...

„Da kann man nichts machen.“ – Das ist ein gottloser Satz.“, sagte einst die Hamburger Theologin Dorothee Sölle, und sie spricht mir aus der Seele. Da kann man nichts machen, nichts ändern, nichts glauben, hoffen, lieben – das ist nicht nur resignativ bis nihilistisch, sondern Luxus. Diesen Luxus der Hoffnungslosigkeit können wir uns nicht leisten. Politisch nicht, wirtschaftlich nicht, und kirchlich auch nicht.

Ich bin überzeugt, dass Vertrauen dort lebendig wird, wo wir das Wir anstelle eines Dies wagen, wo wir vom eigenen Ufer auf und über den See blicken, wie es das Leitmotiv des Übersee-Clubs so hervorragend abbildet. Wo wir also einander begegnen, zuhören, miteinander reden, streiten, ringen. Respektvoll, friedlich, gerecht. Und das gelingt ja stellenweise auch schon sehr gut. Eine gemeinsame Blickrichtung in die Zukunft ist dran, eine Horizonterweiterung, die überwindet, was uns trennt – sei es eine Pfütze, die Binnenalster oder ein Ozean.

Das jüngst geschlossene Freihandelsabkommen der EU mit Indien etwa zeugt von einem Geist weitsichtiger Bündnispartner. Blickweite haben aber vor gut zwei Wochen auch die Politikerinnen und Politiker auf dem Nordsee-Gipfel hier im „Sprechsaal Hamburg“ bewiesen. Was das Miteinander-Reden angeht, besitzt unsere Stadt in der Tat Vorbildcharakter. Mögen wir uns das bloß erhalten! Für mich wird dieses Miteinander alltäglich spürbar: im engen Austausch mit Politikerinnen und Wirtschaftsakteuren genauso wie unter uns Religionsgemeinschaften. Der interreligiöse Dialog ist in Hamburg seit Jahrzehnten tief verankert. Dafür stehen in unserer vielfältigen und kulturell so reichen Stadt übrigens nicht nur Christinnen und Christen aller Konfessionen ein. Sondern auch die Religionsgemeinschaften. Und wir alle gemeinsam grenzen uns ab gegen extremistische Verirrungen, die alle Religionen leider auch kennen.

Das Ziel des Dialogs ist nicht, ein und derselben Meinung zu sein, sondern die unterschiedlichen Perspektiven nebeneinanderstehen zu lassen, bisweilen auch auszuhalten, ohne sie zu diskreditieren – und sie miteinander ins Gespräch zu bringen.

Das ist gar nicht so einfach. Auch innerhalb der EKD nicht. Im November haben wir unsere neue Friedensdenkschrift vorgestellt. Sie ist ein Ergebnis des Miteinander-Ringens und langer kontroverser Diskussionen innerhalb der Evangelischen Kirche. Die Denkschrift ist ein Kompromiss. Ich persönlich empfinde durchaus die Zerrissenheit, die sich in ihr widerspiegelt. Im Blick auf die weltpolitische Lage und einer für viele



beängstigenden Bedrohungslage offenbart sich ein nicht auflösbares Spannungsfeld zwischen zwei christlichen Grundhaltungen: einerseits dem Gewaltverzicht Jesu, dem es zu folgen gilt, und andererseits der Nächstenliebe, also der Verantwortung, diejenigen, die Opfer völkerrechtswidriger Gewalt werden, zu schützen. Politisch werden etliche solche komplexen Abwägungen nötig sein, um das jeweilig kleinere Übel zu orten. Und dabei gilt es auszuhalten, dass es die eine klare, moralisch unanfechtbare Entscheidung nicht gibt. Umso wichtiger bleibt das Gespräch. Und der Zusammenhalt darin. Denn es steht viel auf dem Spiel, nicht zuletzt unsere Demokratie als Staatsform des aufgeklärten Gesprächs.

Ich wünsche mir von meiner Kirche und auch von Vereinen, Übersee- und Rotary-Clubs, von Gemeinschaften, Freundinnen und Freunden, dass sie dafür ganz bewusst Begegnungsräume und Sprechsäle öffnen. So können Räume und Zeiten fürs kontroverse Miteinander entstehen. Für Menschen, die Meinungen haben, aber sie nicht mehr ins Gespräch bringen. Denn nicht die Auseinandersetzung, zuvorderst der Rückzug befördert Spaltung. Konflikte brauchen Sprache! Verständigung, auch wenn Positionen kilometerweit auseinandergehen. Wollen wir Hass und Hetze den Boden entziehen, müssen wir mehr voneinander verstehen, einander zuhören und eben: reden, reden, reden ... Nützt ja nix, wie die Hamburgerin so sagt.

Michel Friedman schließt seine Rede vor den Parlamentariern sichtlich berührt. „Ich möchte, dass Sie sich mit mir als Mensch identifizieren und nicht mit mir als Juden solidarisieren. Ich bin nämlich ein Mensch. Und jeder ist jemand. Und ich möchte nie mehr erleben, dass es in meinem Land Menschen gibt, die bestimmen, ob ein Mensch ein Mensch ist.“

Es braucht jetzt ein klares Ja zu Recht und Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde, auch weil in ihr die Werte, die die christliche Hoffnung teilt, bestimmend sind, und das ist zuallererst ein Leben in Freiheit und Verantwortung. Es ist unser Glauben, der uns dazu Zuversicht und Widerstandskraft gibt, das ist meine Überzeugung. Aus solcher Hoffnung heraus sind wir gefordert, alles uns Mögliche zu tun, damit die Saat der Angst und des Hasses all der Menschen- und Demokratiefeinde nicht aufgehen wird. Oder, um es in Anlehnung an Max Warburg zu sagen: Wir brauchen Sprechsäle, bevor sie uns genommen werden! Ich danke Ihnen.

